

# QUARTALSBERICHT

**Projektland: Mongolei**

**Quartal/Jahr: IV/2011**

**Schlagzeilen:**

**1. Die Politik**

- 1.1. Die Proklamierung der Unabhängigkeit der Mongolei vor 100 Jahren: Ein Ereignis von herausragender Bedeutung**
- 1.2. Die Rede des Staatspräsidenten anlässlich dieses Jubiläums**
- 1.3. Die Bewertung der gegenwärtigen Lage in der Mongolei seitens des Staatspräsidenten**
- 1.4. Die Stellungnahme des Staatspräsidenten zu den Ereignissen vom 01.07. 2008**
- 1.5. Das neue Wahlgesetz**
- 1.6. Einige wichtige Ereignisse im außenpolitischen Bereich**

**2. Wirtschaft und Soziales**

- 2.1. Die wirtschaftliche Lage im Überblick**
- 2.2. Die Ungereimtheiten bei der Korrektur des Haushaltsplans für 2012**
- 2.3. Der Lohnstreik der Lehrer und des medizinischen Personals**
- 2.4. Der Erfüllungsstand der Wahlversprechen der MVP und der DP**
- 2.5. Neues auf dem Gebiet des Bergbaus**

## 1. Politik

### 1.1 Die Proklamierung der Unabhängigkeit der Mongolei vor 100 Jahren: Ein Ereignis von herausragender Bedeutung

Der Sturz der Mandschu-Dynastie (Qing-Dynastie) in China war der Anlass für den Beginn der nationalen Befreiungsbewegung in der damaligen Äußeren Mongolei (die heutige Mongolei). Eine Gruppe von einflußreichen mongolischen Fürsten und das damalige geistige Oberhaupt der Mongolei, Bogdo-Geegen, nutzten die Gunst der Stunde, um die Mongolei vom Mandschu-Reich loszusagen und die Unabhängigkeit des Landes zu proklamieren. Das geschah am 29. Dezember 1911, an dem auch eine zivile Regierung mit einem Ministerpräsidenten an der Spitze und den fünf Ministerien, also für Inneres, der Justiz, der Finanzen, für Auswärtige Angelegenheiten und für militärischen Angelegenheiten, gebildet wurde. Der Bogdo-Geegen wurde auch zum Staatsoberhaupt deklariert. Zum Regierungschef wurde der Fürst Namnansuren ernannt. Die neue mongolische Staatsmacht erklärte offiziell die staatliche Unabhängigkeit und die Souveränität der Mongolei und schickte eine Note mit dem gleichen Inhalt an die Regierungen Russlands, Chinas, der USA, Großbritanniens, Deutschlands, Japans, Österreich-Ungarns, Italiens und Frankreichs. Aber wegen der damaligen internationalen Situation und Intrigen der Großmächte, besonders der beiden großen Nachbarn der Mongolei, Russlands und Chinas, blieb der Appel der mongolischen Regierung ohne jegliche Reaktion. Das Kräfteverhältnis in der Weltarena und die geheimen Machtspiele der Großmächte, insbesondere das Zuspielen der Westmächte bzgl. Taiwan und der „Kalte Krieg“ verzögerten die Anerkennung der Mongolei als souveränen Staat um Jahrzehnte, so dass sie erst im Oktober 1961 der UNO als Mitglied beitreten konnte. 2011 jährte sich dieses Datum zum 50. Mal.

Eines der Hindernisse auf dem Weg zur Anerkennung des mongolischen Staates durch die Weltgemeinschaft stellte die Grundsatzvereinbarung zwischen der UdSSR und der Republik China im Mai 1924 dar, deren Kernpunkt es war, dass die Sowjetunion die Souveränität der Republik China über die Äußere Mongolei anerkannte. Bis zur Gründung der VR China 1949

war diese Vereinbarung wie ein Dorn im Auge in den Beziehungen zwischen der Mongolei, China und Sowjetunion. Immer, wenn es um den Abschluss von völkerrechtlichen Verträgen zwischen der Mongolei (Mongolische Volksrepublik) und der Sowjetunion ging, hatte die chinesische Regierung der Sowjetunion diese Vereinbarung vorgehalten. So war es beim Abschluss eines Protokolls über den gegenseitigen Beistand zwischen der Mongolei und der Sowjetunion 1936 und eines Vertrags über die Freundschaft und Zusammenarbeit von 1946. Das ging soweit, dass der chinesische Führer Chiang Kai-shek gegen Ende des 2. Weltkrieges von Stalin direkt die Einverleibung der Mongolei an die Republik China verlangte. Da gemäß der Vereinbarung der drei Großmächte (UdSSR, USA, Großbritannien) im Februar 1945 in Jalta der Status Quo der Äußeren Mongolei anerkannt wurde, entschied Stalin, dass das mongolische Volk über sein Schicksal durch ein Referendum selbst entscheiden soll. Dieses Referendum wurde auch im Oktober 1945 in Anwesenheit der chinesischen Beobachter durchgeführt, dessen Ergebnis die hundertprozentige Ablehnung der chinesischen Ansprüche gegenüber der Mongolei war. Bis heute erkennt die Administration von Taiwan die Souveränität der Mongolei nicht an. Nach dem politischen Status wird die Mongolei von Taiwan dem von Tibet gleichgestellt. Bei der Administration von Taiwan gibt es ein Komitee, das für die Angelegenheiten Tibets und der „Äußeren Mongolei“ zuständig ist.

Die Unabhängigkeitserklärung der Mongolei von 1911 wird vom demokratischen mongolischen Staat qualitativ neu, d.h. als die Wiedererlangung der staatlichen Souveränität, bewertet. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes wurde dieses Ereignis als der Beginn einer neuen Epoche, und zwar die eines souveränen mongolischen Staates der Neuzeit, begangen. Der 29. Dezember wird ab diesem Jahr ein arbeitsfreier Feiertag sein.

### **1.2. Die Rede des Staatspräsidenten anlässlich dieses Jubiläums**

Anlässlich des o.g. Datums wurde am 28.12.2011 eine Festsitzung des Großen Staatskhurals (Parlament) abgehalten, auf der der Staatspräsident Ts. Elbegdorj eine programmatische Rede hielt. Der Staatspräsident schätzte

die Proklamierung der Unabhängigkeit der Äußeren Mongolei von dem Mandschu-Reich und die Gründung eines souveränen Staates als ein historisches Ereignis von weitreichender und entscheidender Bedeutung für die künftige Entwicklung der Mongolei ein. Der Staatspräsident ging in seiner Rede auf die Probleme der heutigen Mongolei ein.

### **1.3 Die Bewertung der gegenwärtigen Lage in der Mongolei seitens des Staatspräsidenten**

Der Staatspräsident setzte sich kritisch mit den Mängeln und Fehlern auseinander, die in allen Etagen des Staatsapparats existieren, besonders in solchen Bereichen wie der Durchsetzung der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, der Gerechtigkeit bei der Rechtsprechung, der Schaffung von gleichen Chancen bei den Parlamentswahlen und beim Wirtschaftswettbewerb, der Rolle und des Status der politischen Parteien, der Bekämpfung der Korruption und der Vetternwirtschaft.

Der Staatspräsident zeigte auch die Wege und die durchzuführenden konkreten Maßnahmen zur Beseitigung der Missstände in der staatlichen Verwaltung und der Schaffung eines wirksamen Regelwerks zur Lösung von Wirtschaftsproblemen und der gerechten Verteilung der materiellen Güter und des Gewinns von der Nutzung der natürlichen Ressourcen auf.

### **1.4. Stellungnahme des Staatspräsidenten zu den Ereignissen vom 01.07.2008**

Ein besonderes Thema in seiner Rede waren die Ereignisse vom 1. Juli 2008 in Verbindung mit den Parlamentswahlen. Angesichts der eskalierenden Unruhen und Gewaltausbrüche während des Protestmeetings verhängte der damalige Staatspräsident N. Enkhbayar den Ausnahmezustand in Ulaanbaatar, in dessen Verlauf fünf Personen, angeblich von den Polizisten erschossen und hunderte Demonstranten, darunter auch Minderjährige, verhaftet und zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden.

Dafür, dass der Staat die Protestkundgebung der Massen nicht mit friedlichen Mitteln beilegen konnte und dabei Menschen starben und hunderte von

Bürgern unter Missachtung ihrer Rechte und Grundfreiheiten verhaftet und in vielen Fällen von den Polizeibeamten misshandelt wurden, bat der Staatspräsident im Namen des mongolischen Staates beim Volk, bei den Hinterbliebenen der Opfer, den Verwandten der Personen, die abgeurteilt wurden, um Vergebung. Das Thema „1. Juli 2008“ beschäftigt die mongolische Öffentlichkeit, die zuständigen staatlichen Organe und die Rechtsprechung bereits seit mehr als 3 Jahren. Die Staatsanwaltschaft und die Polizei haben die Ermittlungen zur Feststellung der Schuldigen für die Erschießung von Demonstranten und die Willkür der Polizisten nach der Verhängung des Ausnahmezustands noch nicht zu Ende gebracht. Bei den Ermittlungen des Falls wird man besonders stark von den Angehörigen der Polizei behindert, die behaupten, dass die Polizisten nur auf Befehl gehandelt hätten. Für die endgültige Aufklärung der Ereignisse vom 01.07.2008 und eine objektive und gerechte Auswertung des Falls engagiert sich besonders aktiv der Parlamentsabgeordnete A. Temuujin, Demokratische Partei (DP), der am 14.12.2001 auch einen entsprechenden Gesetzesentwurf zur Diskussion im Parlament einbrachte, der u.a. auch einen Punkt über die Entschuldigung des Staatspräsidenten bei der Öffentlichkeit enthielt. Die Abgeordneten der Mongolischen Volkspartei (MVP), allen voran D. Zorigt (Minister für Energie und natürliche Ressourcen) und E. Munkh-Ochir, brachten die Diskussion zu diesem Thema durch Abstimmung zu Fall, das heißt, dass dieses Thema aus der Tagesordnung des Parlaments ohne Debatte gestrichen wurde. Das führte im Plenarsaal des Parlaments zu einer heftigen mündlichen Auseinandersetzung zwischen den Befürwortern und den Gegnern des Gesetzesentwurfs. Da dem Abgeordneten A. Temuujin die Möglichkeit einer parlamentarischen Diskussion verwehrt wurde, wandte er sich am nächsten Tag an die Massenmedien, wo er auf einer Pressekonferenz Beweismittel und belastende Tatsachen (z.B. Patronenhülsen und ein Notizbuch eines Polizisten) offenlegte, in denen die Polizeibeamten, die mit Schusswaffen und scharfer Munition gezielt auf Menschen geschossen haben, namentlich genannt wurden. Den Berichten der Massenmedien zufolge wurden gegen die Polizisten, die von den Schusswaffen Gebrauch machten, wieder ein Ermittlungsverfahren eröffnet. Vorher waren die Ermittlungen eingestellt, weil

die von den Polizisten verübten Delikte angeblich durch ein Amnestiegesetz aus dem Jahr 2009 gedeckt wurden.

### **1.5. Das neue Wahlgesetz**

Für einen lang andauernden Streit zwischen den beiden Fraktionen im Parlament, also der MVP und der DP, sorgte die Ausarbeitung und Beschließung eines neuen Wahlgesetzes. Die Verabschiedung des Wahlgesetzes wurde bereits im September 2008 in einem Vertrag zwischen der MVP und DP über die Bildung einer Koalitionsregierung festgelegt. Das neue Wahlgesetz wurde buchstäblich „5 vor 12“ angenommen, wenn man bedenkt, dass das Wahlgesetz nur in einem Zeitraum, der nicht weniger als 6 Monate vor den nächsten Wahlen beträgt, geändert werden darf. Die nächsten Parlamentswahlen finden im Juni 2012 statt, und das neue Wahlgesetz wurde mit Mühe und Not erst Ende Dezember 2011 bestätigt. Nach einem monatelangen „Hin und Her“ einigten sich beide Parteien auf einen Kompromiss mit einer Dominanz des Mehrheitswahlsystems vor dem Verhältniswahlssystem, also 48 zu 28. Die 48 Abgeordneten werden durch Direktwahlen in den 26 Wahlkreisen gewählt. Die übrigen 28 Abgeordneten werden durch Parteilisten ins Parlament berufen, wobei da nur die Wahlkandidaten in Frage kommen, die bei den Direktwahlen mehr als 28 Prozent der Wählerstimmen bekommen haben. Für den Einzug ins Parlament benötigen die Parteien mindestens 5 Prozent der Wählerstimmen.

Bei den Fälschungen der Wahlergebnisse wirkt sich besonders stark der menschliche Faktor aus, also die Komitees in den Wahlkreisen, die aus den Vertretern der politischen Parteien bestehen. Besonders deutlich war das zu sehen bei den letzten Parlamentswahlen 2008. Um die Fälschungen bei der Stimmenauszählung auszuschließen, kamen die Parlamentsabgeordneten überein, die hochsicheren und bewährten Zählautomaten aus den USA einzuführen. Leider folgte die Parlamentsverwaltung nicht diesem Hinweis des Parlaments und schloss eine Vereinbarung mit einer südkoreanischen Firma, die anstatt der Zählautomaten einen einfachen Ausdrucker liefern will. Das stieß verständlicherweise auf eine scharfe Kritik besonders der DP-Abgeordneten, die eine Annullierung der entsprechenden Übereinkunft mit der

südkoreanischen Firma verlangen. Den Leiter der Parlamentsverwaltung haben die DP-Abgeordneten beim Amt zur Korruptionsbekämpfung wegen eines Verdachts der Bestechlichkeit verklagt. Es bleibt nun abzuwarten, wie dieses Problem gelöst wird.

### **1.6. Einige wichtige Ereignisse im außenpolitischen Bereich**

Im 4. Quartal 2011 war die Gestaltung der auswärtigen Beziehungen der Mongolei in vieler Hinsicht von den wichtigen Daten und Ereignissen in der Geschichte der Mongolei geprägt. Beispielsweise weilte eine Delegation mit dem Ministerpräsidenten S. Batbold an der Spitze anlässlich des 50. Jahrestages des Beitritts der Mongolei zur UNO im Oktober 2011 im Hauptquartier dieser Organisation in New York. Im Rahmen des Besuchs wurde eine große Kulturveranstaltung, deren Kernstück ein Konzert mit Folklore und nationalem Gesang war, organisiert.

Hervorzuheben ist auch der offizielle Besuch des Staatspräsidenten der Mongolei Ts. Elbegdorj in Italien und im Vatikan im Oktober 2011. Während seines Besuchs im Vatikan wurde er vom Papst Benedikt XVI. empfangen. Von einem großen historischen Wert waren die Originale der Briefe der mongolischen Großkhane an den römischen Papst im 13. und 14. Jahrhundert n. Chr. Die Kopien dieser Briefe wurden der mongolischen Delegation übergeben.

Eine wichtige politisch-wirtschaftliche Bedeutung für die Mongolei hatte der erste Besuch eines bundesdeutschen Regierungschefs, Kanzlerin Angela Merkel, Anfang Oktober 2011. Sie führte offizielle Gespräche mit dem Staatspräsidenten und dem Ministerpräsidenten der Mongolei und hielt eine Rede im mongolischen Parlament. Die Bundesrepublik Deutschland ist einer der wichtigsten Partner bei der Verwirklichung der Politik der Mongolei hinsichtlich der sogenannten „dritten Nachbarn“. Während des offiziellen Besuchs der Bundeskanzlerin wurden Verträge über die Zusammenarbeit im Bergbausektor sowie über die Hilfeleistung bei der Verbesserung der Nutzung von Trinkwasserquellen in der Mongolei abgeschlossen.

## 2. Wirtschaft und Soziales

### 2.1. Die wirtschaftliche Lage im Überblick

Die wirtschaftlichen Kennziffern zeichnen sich durch ein sehr hohes Wachstum aus, 20% Zuwachs im Jahr 2011. Das wurde vor allem durch einen enormen Anstieg des Kohleexports nach China erreicht. Im vergangenen Herbst haben die mongolischen Landwirte die bis jetzt höchste Getreideernte eingesammelt, nach den letzten Schätzungen insgesamt 448.000 Tonnen. Der Viehbestand erreicht 36 Mio. Stück. Zum Bedauern der erfahrenen Viehzüchter besteht die Herde zu einem großen Teil aus Ziegen, die den Weiden den meisten Schaden zufügen. Die Vermehrung der Zahl von Ziegen ist mit der gewachsenen Nachfrage nach dem Ziegenflaum, also Kaschmir, verbunden. Auch deren Fleisch wird in großen Mengen nach China ausgeführt. Trotz der hohen Einnahmen aus dem Rohstoffexport ist der Lebensstandard der Bevölkerung eher gesunken. Im Bereich Pro-Kopf-Einkommen nimmt die Mongolei den 110. Platz unter 187 Ländern ein, obwohl nach Schätzungen von Experten die Mongolei gemäß ihrer Bodenschätze zu den zehn reichsten Ländern in der Welt gehöre (siehe die Rede des Staatspräsidenten am 28.12.2011 im Parlament).

Der Geldfluss wird hauptsächlich für die Investitionen zur Anhebung der Baubranche, den Bau und die Reparatur von Autostraßen und zur Bekämpfung der steigenden Luftverschmutzung in der Hauptstadt gerichtet. Von der Weltbank wird Ulaanbaatar nicht nur als die kälteste Hauptstadt, sondern auch als die Hauptstadt mit der schmutzigsten Luft eingestuft. Der unaufhaltsame Preisanstieg für Verbrauchsgüter des täglichen Bedarfs wie Lebensmittel und Bekleidung sowie für Dienstleistungen, z.B. Miete, Stromkosten, Personenbeförderung, Transport usw., frisst die mageren Einkünfte der Bürger „bis auf den letzten Cent“ auf.

### 2.2. Die Ungereimtheiten bei der Korrektur des Haushaltsplans für 2012

Angesichts dieser Preisanstiege löste bei der Öffentlichkeit die Entscheidung des Parlaments, die Zuschüsse der Abgeordneten für die Verwendung in ihren Wahlkreisen im Haushaltsjahr 2012 bis auf 3 Milliarden Tugrik (etwa 1.715.000,00 Euro) zu erhöhen, großes Unbehagen aus. Diese eigentlich

illegale, nicht zweckgebundene Verwendung von Haushaltsmitteln begann im Jahr 2000, als die MRVP-Regierung an der Macht war, bei 10 Mio. Tugrik, wobei diese Summe immer wieder erhöht wurde auf zunächst 100 Mio. und dann auf 500 Mio., 1 Mrd. Tugrik und jetzt auf 3 Mrd. Tugrik. Diese Regelung verstößt auch gegen die Bestimmung der Verfassung der Mongolei, die besagt, dass die Abgeordneten des Großen Staatskhurals verpflichtet sind, die Interessen des ganzen Volkes zu vertreten. Angesichts der oben geschilderten Tatsachen in Bezug auf das Staatsbudget fragt man sich, ob die Abgeordneten „Volksvertreter“ oder „Wahlkreisvertreter“ sind. Diese finanziellen Zugeständnisse an die Wahlkreise schaffen den Abgeordneten, die wieder kandidieren, enorme Vorteile bei den Wahlen, abgesehen von anderen Vergünstigungen, bei der Bewältigung dienstlicher Verpflichtungen und der Interessen privater Natur.

### **2.3. Der Lohnstreik der Lehrer und des medizinischen Personals**

Auf Vorschlag der Regierung entschied das Parlament, die Löhne und Gehälter in zwei Raten im Mai und Oktober 2012 insgesamt um 53% zu erhöhen, anstatt der von der Regierung anberaumten Termine zum 1. März und 1. Mai 2012. Diese Entscheidung des Parlaments rief eine Welle der Empörung besonders bei den Lehrern und dem medizinischen Personal hervor, die Anfang Dezember einen Streik organisierten. Diese Bevölkerungsgruppen gehören zu den am schlechtesten bezahlten Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Ein Lehrer verdient durchschnittlich 250.000 Tugrik (etwa 140 Euro) pro Monat, eine Krankenschwester erhält einen noch niedrigeren Lohn. Der Streik dauerte so lange an, bis die Regierung bereit war, dem Parlament Korrekturvorschläge vorzulegen, in Form einer Gehaltserhöhung ab 1. Februar um 80.000 Tugrik und dann noch einmal ab 1. Mai 2012 um 23%.

### **2.4. Der Erfüllungsstand der Wahlversprechen der MVP und der DP**

Die Koalitionsregierung versucht mit allen Mitteln, die vor den letzten Parlamentswahlen versprochenen 2,5 Mio. Tugrik für jeden Bürger der Mongolei (die DP – 1 Mio. und die MVP – 1,5 Mio.) als abgeolten darzustellen. Seit 1,5 Jahren zahlt der Staat 21.000 Tugrik monatlich jedem

mongolischen Bürger aus dem Entwicklungsfonds. Wenn man bedenkt, dass dieses Geld noch bis zu den nächsten Wahlen im Juni 2012 ausgezahlt wird, ergibt das eine Summe von 504.000 Tugrik für jeden Bürger. Also hieße das, dass die beiden Parteien jeden Bürger um rund 2 Mio. Tugrik betrogen hätten. Gerechtigkeitshalber muss man aber auch hinzufügen, dass der Staat für jeden Studenten 500.000 Tugrik für die Studiengebühr eines akademischen Jahres an die Universitäten und Hochschulen zahlt. Im ganzen Land (sprich: in der Hauptstadt) gibt es 110 Hochschulen und Universitäten, wo etwa 140.000 Studenten studieren.

Die Parlamentsabgeordneten der beiden Regierungsparteien, der MVP und der DP, kamen überein, den Rest des nicht ausbezahlten Geldes an die Bürger in Form von Aktien des Staatsunternehmens „Erdenes Tavan Tolgoi“, das von der Regierung als „Manager“ bei der Ausbeutung der Kohlelagerstätten im Südgobi-Aimak beauftragt wurde, zu tilgen. Es handelt sich dabei um 1.072 Stück Aktien für jeden Bürger der Mongolei, die ihrem Inhaber Dividenden des Unternehmensgewinns einbringen sollen. Wenn der Inhaber die Aktien dem Staat zurückgibt, erhält er dafür 1 Mio. Tugrik, hieß es. Allerdings funktioniert noch kein Betrieb bei der Lagerstätte, der Gewinne macht. Übrigens ist die Lagerstätte Tavan Tolgoi in zwei Teile geteilt, wobei ein Teil dem mongolischen Staatsunternehmen Erdenes TT und die andere Hälfte von den ausländischen Firmen, die bei der entsprechenden Ausschreibung gewinnen, genutzt werden kann.

## **2.5. Neues auf dem Gebiet des Bergbaus**

Die Informationen über die Lagerstätten Oyu Tolgoi (Kupfer, Gold) und Tavan Tolgoi (Kokskohle) sind einigermaßen transparent und den Interessenten auch per Internet und Börsenberichte zugänglich. Geheimnisumhüllt sind dagegen die Lagerstätten, die von den chinesischen Unternehmen betrieben werden. Das betrifft das Erdölunternehmen im Dornod-Aimak, Zinkmine im Sukhbaatar Aimak, die Eisenerzförderung im Selenge-Aimak, die Kohle-Ausfuhr aus dem Südgobi-Aimak, Feldspatförderung im Dundgobi-Aimak usw. Das sind nur die bekanntesten Betriebe, die in den Massenmedien auftauchen. In der letzten Zeit tritt eine große Kohlelagerstätte in Khovd-

Aimak in Erscheinung, wo bereits von der chinesischen Seite Autostraßen zur Kohle-Förderung verlegt worden sind. Wie berichtet wird, wissen sogar die Abgeordneten häufig nicht, was für Geschäfte die Regierung bzw. die zuständigen Ministerien mit den Lizenzen für Rohstoffförderung machen. Von den Massenmedien wird behauptet, dass die chinesischen Unternehmen dem mongolischen Staat keinen Zoll für die Ausfuhr der oben genannten Rohstoffe zahlen. Umgekehrt müssen die mongolischen Unternehmen, die Kohle nach China befördern, den chinesischen Behörden Importzölle entrichten, und zwar 10 USD für eine Tonne Rohkohle und 20 USD für eine Tonne gewaschene Kohle. Diese Behauptungen werden von den offiziellen Stellen, z.B. vom Ministerium für Energie und Mineralressourcen, nicht dementiert.

Demnach dürften dann die Berichte den Tatsachen entsprechen. Wenn die in den Massenmedien, z.B. in den Zeitungen und im TV, besonders im Fernsehkanal TV9, ausgestrahlten Berichte und Sendungen wahr sind, dann stellen die geschilderten Fakten und Handlungen einen groben Verstoß gegen die Normen des Völkerrechts und die Regeln des internationalen Handels dar. Es wird Zeit, dass die Industrieländer ihren Blick auch auf diesen „Ausverkauf des Landes“ in Form von Verkauf von Lizenzen an Unternehmen des südlichen Nachbarn richten. Nach Einschätzung des Staatspräsidenten war fast die halbe Mongolei durch Lizenzverkauf in die Hände ausländischer Unternehmen geraten. Jetzt soll sich diese Zahl bis auf 15% reduziert haben, was sehr zu bezweifeln ist, weil die Unternehmen sogar das vom Parlament verabschiedete Gesetz über das Verbot der Förderung von Bodenschätzen in den Flussbecken, an Seen und in den bewaldeten Gebieten nicht befolgen. Viel Wirbel lösten in der Mongolei Gerüchte aus, dass es geheime Vereinbarungen mit bestimmten Staaten gibt, um Atommüll in der Mongolei zu lagern. Angesichts der großen Aufregung unter der Bevölkerung wegen dieser Frage gab der Staatspräsident eine Erklärung ab, die eine Lagerung von Atommüll auf dem Gebiet der Mongolei völlig ausschließt. Der ganze Lärm war ausgelöst durch die Katastrophe im AKW Fukushima in Japan.

Wie bereits berichtet, verfügt die Mongolei über ziemlich große Vorkommen an Uranerz. Über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Förderung des

Uranerzes hat die mongolische Seite Vereinbarungen beispielsweise mit Russland und Frankreich getroffen. Laut Gesetz sind 15 Lagerstätten als strategisch wichtig klassifiziert worden. Das sind Lagerstätten mit besonders reichen Vorkommen, die nur vom Staat gefördert oder genutzt werden dürfen.

Prof. Dr. Ts. Sarantuya

Leiterin der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in der Mongolei

Beitrag unter Mitarbeit von Herrn M. Khatanbaatar , Übersetzer und Dolmetscher

**IMPRESSUM**

Erstellt: 30.12.2012

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [iiz@hss.de](mailto:iiz@hss.de), [www.hss.de](http://www.hss.de)